

ANFRAGE GEM. § 5 GESCHÄFTSORDNUNG

Absender:

AfD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Anfrage der AfD-Fraktion
hier: Problemstadtteil Altenhagen

Beratungsfolge:

23.06.2022 Rat der Stadt Hagen

Anfragetext:

1. Seit wann sind die Vorgänge und Verhältnisse in Altenhagen der Verwaltung bekannt?
2. Stimmt die Verwaltung der Einschätzung des Innenministers zu, dass im Wesentlichen die Stadt Ihre „Hausaufgaben machen muss“, oder ist eine stärkere Präsenz von Ordnungskräften vonnöten, oder beides?
3. Wie viele Mittel hat die Stadt Hagen für integrative Maßnahmen in Altenhagen bisher ausgegeben und wie viele Mittel stehen für die nächsten zwei Jahre zukünftig noch zur Verfügung?
4. Gibt es Sozialprojekte und Konzepte, mit der die Kinder und Jugendlichen in Altenhagen verpflichtend gesellschaftlich eingebunden werden? Wie viele Angestellte der Stadt Hagen stehen für diese Projekte zur Verfügung?
5. Wird der Schulbesuch der Kinder und Jugendlichen in diesem Stadtteil regelmäßig überprüft?
6. Wie viele Sprachen werden in Altenhagen gesprochen?
7. Kann der „Clash“ der Nationalitäten in diesem Stadtteil entzerrt werden, gibt es hierzu Konzepte?

Kurzfassung
entfällt

Begründung
siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

keine Auswirkungen (o)

AfD Fraktion im Rat der Stadt Hagen



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Telefon: 02331-207 2129

Telefax: 02331-207 2713

E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afd-hagen.de

Herrn Oberbürgermeister

Aktenzeichen: 23.06.2022_RAT_03

Erik O. Schulz

- im Hause -

Hagen, 25.05.2022

Anfrage zur Tagesordnung des Rates der Stadt Hagen am 23.06.2022 gem. § 5 GeschO

Problemstadtteil Altenhagen:

Hier: WR v. 21.04.22: „Reul (CDU) nimmt Stadt in die Pflicht“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in dem o. g. Artikel geht es um Beschwerden von Anwohnern, die diese gegenüber dem Innenminister Reul vorgetragen haben. Im Kern handelt es sich bei diesen um Beschwerden über Übergriffe von organisierten ausländischen Kinder -und Jugendbanden, die sich im Stadtteil Altenhagen festgesetzt haben, und die die Lebensqualität der dortigen Bewohner durch Angriffe, Beleidigungen, Diebstähle sowie Drohungen erheblich einschränken.

Die Bewohner stehen diesen Aktionen meist hilflos gegenüber. Die Situation hat sich in den letzten Tagen noch verschärft. Man liest täglich von bandenmäßigen Übergriffen.

In einer Zeit, in der Kritik am Fehlverhalten von ausländischen Bürgern in Deutschland sehr schnell in der Öffentlichkeit in Ausländerfeindlichkeit umgedeutet wird und diesen Kritikern schnell anstelle von Hilfe blanker Hass entgegengebracht wird, gehört sehr viel Mut und Selbstvertrauen dazu, über derartige Phänomene vor der Presse offen zu berichten.

Innenminister Reul sieht – nach eigenem Bekunden – nicht die Polizei, sondern in erster Linie die Stadt in der Pflicht, dieses Problem zu lösen.

Um für die Bürger dort Veränderungen und ein positives Zusammenleben zu erwirken möchten wir Folgendes wissen:

1. Seit wann sind die Vorgänge und Verhältnisse in Altenhagen der Verwaltung bekannt?
2. Stimmt die Verwaltung der Einschätzung des Innenministers zu, dass im Wesentlichen die Stadt Ihre „Hausaufgaben machen muss“, oder ist eine stärkere Präsenz von Ordnungskräften vonnöten, oder beides?
3. Wie viele Mittel hat die Stadt Hagen für integrative Maßnahmen in Altenhagen bisher ausgegeben und wie viele Mittel stehen für die nächsten zwei Jahre zukünftig noch zur Verfügung?
4. Gibt es Sozialprojekte und Konzepte, mit der die Kinder und Jugendlichen in Altenhagen verpflichtend gesellschaftlich eingebunden werden? Wie viele Angestellte der Stadt Hagen stehen für diese Projekte zur Verfügung?
5. Wird der Schulbesuch der Kinder und Jugendlichen in diesem Stadtteil regelmäßig überprüft?
6. Wie viele Sprachen werden in Altenhagen gesprochen?
7. Kann der „Clash“ der Nationalitäten in diesem Stadtteil entzerrt werden, gibt es hierzu Konzepte?

Mit freundlichen Grüßen



Michael Eiche

Fraktionsvorsitzender



Karin Sieling

Fraktionsgeschäftsführerin

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

- 56 Fachbereich Integration, Zuwanderung und Wohnraumsicherung
- 55 Jugend und Soziales
- 48 Bildung
- 32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Betreff: Drucksachennummer: 0566/2022
Anfrage der AfD-Fraktion
hier: Problemstadtteil Altenhagen

Beratungsfolge:
23.06.2022 Rat der Stadt Hagen



Zu den Fragen der AfD-Fraktion vom 30.05.2022 nimmt die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

1. Seit wann sind die Vorgänge und Verhältnisse in Altenhagen der Verwaltung bekannt?

Von „organisierten ausländischen Kinder- und Jugendbanden, die sich im Stadtteil Altenhagen festgesetzt haben“ sollen, ist der Stadtverwaltung nichts bekannt. Gleichwohl sind einzelne Konflikte Gegenstand der Arbeit verschiedener Verwaltungseinheiten, insbesondere im Bereich der offenen und der aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit.

2. Stimmt die Verwaltung der Einschätzung des Innenministers zu, dass im Wesentlichen die Stadt Ihre „Hausaufgaben machen muss“, oder ist eine stärkere Präsenz von Ordnungskräften vonnöten, oder beides?

Die Einschätzung wird nicht geteilt. Eine Kombination aus polizeilichen, ordnungsrechtlichen und sozialpädagogischen Maßnahmen ist erfahrungsgemäß immer zielführender als losgelöste Einzelmaßnahmen.

3. Wie viele Mittel hat die Stadt Hagen für integrative Maßnahmen in Altenhagen bisher ausgegeben und wie viele Mittel stehen für die nächsten zwei Jahre zukünftig noch zur Verfügung?

Die Verwaltung kann die Ausgaben für integrative Maßnahmen nicht stadteilspezifisch ausweisen. Die Maßnahmen werden gesamtstädtisch angeboten, wenngleich die Schwerpunkte der Arbeit sich auf einige wenige Stadtteile oder -bezirke konzentrieren.

4. Gibt es Sozialprojekte und Konzepte, mit der die Kinder und Jugendlichen in Altenhagen verpflichtend gesellschaftlich eingebunden werden? Wie viele Angestellte der Stadt Hagen stehen für diese Projekte zur Verfügung?

Die Angebote im Bereich Kinder- und Jugendarbeit basieren auf der Freiwilligkeit.

Der Fachbereich Jugend und Soziales (55), Abteilung Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Menschen hält im Bezirk Hagen-Mitte zahlreiche Angebote der Kinder- und Jugendsozialarbeit vor, teilweise in eigener Trägerschaft, vielfach aber auch durch Kooperationen mit freien Trägern.

Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Etablierung solcher Angebote, die auch schwer erreichbare Adressat*innengruppen erreichen. Hierzu zählen insbesondere auch Kinder, Jugendliche und ihre Familien mit Migrationsgeschichte.

Durch die vielfältigen Erfahrungen der Abteilung wurden vor allem in den letzten Jahren und Monaten, auch bedingt durch das Förderprogramm „Aufholen nach Corona“, offene und

aufsuchende Angebote etabliert und ausgeweitet. Hier lautet das Motto: „Die Angebote zu den Menschen bringen“.

Die Arbeit gestaltet sich wie folgt aus:

Offene Kinder- und Jugendarbeit

- Jugendzentrum Friedenshaus Altenhagen (Träger FBF)
- Aufsuchende Jugendsozialarbeit mit Angeboten wie „Mitternachtsbasketball“ über den Träger des Jugendzentrums
- Mobil aufsuchende Jugendarbeit (Träger ev. Jugendhilfe Iserlohn-Hagen)
- Angebote durch den Verein „Kunst vor Ort“ mit aufsuchender Kinder- und Jugendkulturarbeit, sowie zukünftig auch in einem „Kinderatelier“
- Mädchenprojekt „Girls United“ für Mädchen von 12 bis 18 Jahren mit Migrationsgeschichte

Jugendhilfe und Schule

- Etablierung von zwei Familiengrundschulzentren an den Grundschulen Meinolf und Funckepark mit einem Fokus auf Sprachförderung, z. B. durch Sprachkurse mit parallel stattfindender Kinderbetreuung an den Schulstandorten
- Schulsozialarbeit mit jeweils einer vollzeitadäquaten Stelle an den Schulstandorten Funckepark und Erwin-Hegemann, sowie einer halben Stelle am Standort Meinolfschule
- Etablierung der Stelle „Jugendsozialarbeit an Schule“ über das Förderprogramm „Aufholen nach Corona“

Weitere Angebote

- Kindergruppen auf den Schulhöfen über das Förderprogramm „Kultur macht stark!“
- Drei Familienzentren mit acht beteiligten Kindertageseinrichtungen, die Projekte für Familien mit Kindern, Eltern Cafés, Erziehungsberatung, u. a. bieten.
- Im Bereich des präventiven Kinderschutzes werden in Altenhagen zwei Vollzeitstellen „Familienbegleitung“ eingesetzt, von denen eine Kollegin mit einer halben Stelle Eltern die Bedeutung der frühkindlichen Bildung (Kita-Einstieg) näher bringt und mit der anderen Stellenhälfte Familien mit älteren Kindern bis zum Übergang Schule / Beruf mit diversen Angeboten aus Bildung, Gesundheit und Sozialem unterstützt (kinderstark). Die zweite Vollzeitstelle übernimmt die niedrigschwellige Beratung und Unterstützung zu allen Fragen des täglichen Lebens (Erziehung, Freizeit im Sozialraum, Finanzen, Gesundheit und Familie), Hilfe bei Anträgen jeglicher Art, Kontaktaufnahme oder auch Begleitung zu Ämtern und Institutionen.
- Die Erziehungshilfe ist mit dem Fachdienst für Prävention und Sozialraummanagement (FPS) in Altenhagen mit dem Konzept der Schulsprechstunde an der Funkeparkschule und Erwin-Hegemann-Schule vertreten.

Die Schulsprechstunden finden 14-tägig jeweils für einen Vormittag an der Schule statt. Im Rahmen der Schulsprechstunde erhalten Lehrer die Möglichkeit, sich anonym in Einzelfällen beraten zu lassen im Hinblick auf Fragestellungen bzgl. des Kindeswohles oder Möglichkeiten zur Unterstützung einzelner Familien durch die Jugendhilfe.



Ebenso steht es Eltern frei, sich in der Schulsprechstunde anzumelden und beraten zu lassen. Auf Wunsch der Eltern erfolgt gegebenenfalls eine Anbindung an Jugendhilfe-Angebote. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Angebote in Wehringhausen und in Zentrum/Remberg.

Hauptaufgabe der o. g. Einrichtungen der non-formalen Bildung, in denen sozialpädagogische Fachkräfte beschäftigt sind, ist es, junge Menschen in ihren Bedarfen zu unterstützen und ihre Ressourcen zu fördern und damit auch die Integration zu ermöglichen.

Über die operativen Angebote hinaus konnten im Bezirk Mitte drei Sozialraumteams (Altenhagen, Wehringhausen, Zentrum/Remberg) etabliert werden, in denen sich jeweils viermal jährlich Fachkräfte aus Familienzentren/Kita, Schulsozialarbeit, Familienbegleitung, Erziehungshilfen/ASD, offener Kinder und Jugendarbeit und weiter relevante Akteur*innen treffen und austauschen, um die Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien im Sozialraum besser zu vernetzen und auszuweiten.

Hierbei sind Kinder mit Migrationsgeschichte immer ein Thema, da diese Adressat*innengruppe einen großen Teil der Kinder und Jugendlichen in den jeweiligen Sozialräumen ausmachen.

Zusätzlich zu den niederschwelligen Angeboten der verschiedenen Institutionen im Sozialraum, wird die sozialraumorientierte Arbeit stetig ausgebaut, indem zusätzliche aufsuchende Angebote auf Schulhöfen und Spielplätzen im Bezirk Mitte geschaffen werden. Bei diesen aufsuchenden Spielangeboten werden insbesondere auch Familien angesprochen, die den Weg zu den Regelangeboten noch nicht finden.

In diesem Zusammenhang ist auch der Ausbau bzw. die Aufwertung von Spielplätzen als Treffpunkte im Sozialraum von großer Bedeutung. Besonders zu erwähnen sind hier die für 2023 geplanten Aufwertungen der Kinderspielplätze Dahmsheide und Seilerstraße.

5. Wird der Schulbesuch der Kinder und Jugendlichen in diesem Stadtteil regelmäßig überprüft?

Die Schulpflichtüberwachung in Hagen liegt nur im Bereich der Grund-, Haupt- und Förderschulen in Händen des Schulamtes der Stadt Hagen. Für alle anderen weiterführenden Schulen liegt diese Zuständigkeit bei der Bezirksregierung in Arnsberg.

Vorgehen von Schule und Verwaltung in Bezug auf die Grund-, Haupt- und Förderschulen im Schulamtsbezirk Hagen:

- Die Schulleitung überwacht den regelmäßigen Schulbesuch und stellt ggfs. im Rahmen mehrerer Gespräche mit den Sorgeberechtigten das vorgeschriebene pädagogische Einwirken bei Abweichungen sicher.
- Die Eltern werden dabei in drei Eskalationsstufen unter Einbindung des Fachbereichs Jugend und Soziales noch an der Schule auf mögliche Rechtsfolgen und (bildungsbezogene) Schäden für ihr Kind hingewiesen.

- Bei einer deutlichen Besserung des Verhaltens wird der Fall ruhend gestellt und kann innerhalb von drei Monaten danach bei erneutem Fehlverhalten weiter verfolgt werden. Dieses Verfahren wird ab dem ersten vollständigen und unentschuldigten Fehltag gelebt.
- Tritt keine Besserung des Verhaltens ein, so wird der Fall dem Schulamt gemeldet. Dies erfolgt in Form einer Fehlzeitenanzeige.
- Auf dieser Grundlage prüft das Schulamt entsprechende Maßnahmen. In der Regel wird dann rückwirkend ab dem ersten Fehltag ein Bußgeld verhängt. Wenn dies von der Schule beantragt wird und erfolgversprechend erscheint, wird auch zwangsweise dem Unterricht zugeführt. Bei Nichtzahlung der Bußgelder können vom Gericht Ersatzhaft oder Sozialstunden verhängt werden.

6. Wie viele Sprachen werden in Altenhagen gesprochen?

Laut der offiziellen Statistik des Amtes für Statistik und Wahlen wohnen in Altenhagen 11.737 Deutsche und 7.203 eingewanderte Mitbürger*innen. Insgesamt handelt es sich um über 80 verschiedene Nationalitäten. Wie viele Sprachen gesprochen werden, kann seitens der Verwaltung nicht eingeschätzt werden.

7. Kann der „Clash“ der Nationalitäten in diesem Stadtteil entzerrt werden, gibt es hierzu Konzepte?

Ein „Clash“ der Nationalitäten kann aus der Sicht der Verwaltung nicht bestätigt werden. Vielmehr kann es gerade in Quartieren mit besonders hoher Zuwanderung, begründet durch die teilweise sehr hohe Segregation im sozialen, ethnischen und demografischen Bereich, leicht zu Konflikten zwischen den unterschiedlichen Bewohner*innen kommen. Diese können nicht immer eigenständig und zufriedenstellend geklärt werden.

Im Quartiersmanagement Südosteuropa der Stadt Hagen gehen regelmäßig Beschwerden von unterschiedlichen Bürger*innen (*auch solchen mit eigenem Migrationshintergrund*) ein. In solchen Fällen werden mit allen Beteiligten zeitnah und direkt vor Ort, wo der Konflikt entstanden ist, Termine zur Klärung vereinbart.

In der Regel begleitet ein Tandem aus pädagogischer Fachkraft und Sprach- und Kulturmittler*innen die Menschen beim Finden einer für alle vertretbaren Lösung. Bei Beschwerden im nachbarschaftlichen Miteinander ist es für das Erreichen einer gewissen Nachhaltigkeit in einigen Fällen erforderlich, dass mehrere Besuche vor Ort stattfinden, um so eine hinreichend zufriedenstellende Lösung für alle Beteiligten zu finden.

Diese Maßnahmen zur Förderung des positiven nachbarschaftlichen Miteinanders in Wohnquartieren mit besonders hoher Zuwanderung konnten zum größten Teil auch während der Coronapandemie durchgeführt werden. Allein im Jahr 2021 erfolgten in den Quartieren mit besonders hoher Zuwanderung, darunter Altenhagen, rund 200 Einsätze.

Zusätzlich finden regelmäßig Einsätze bzw. Steifen von Ordnungsamt und Polizei gemeinsam mit den Sprach- und Kulturmittler*innen statt. Neben akuten Konflikten finden anlassbezogen



Sensibilisierungen der Bürger*innen in Altenhagen statt. So konnten beispielsweise mit der Polizei vor Silvester mit einer solchen Aktionen sehr gute Erfahrungen gemacht werden.

Nachdem im vergangenen Jahr bereits im Stadtteil Haspe ein multikulturelles Fußballtraining installiert worden war, konnte es in diesem Jahr durch einen weiteren Standort in Altenhagen (Trainingsplatz Ischelandstadion) erweitert werden. Kooperationspartner sind das städtische Quartiersmanagement im Tandem mit Romano Drom Hagen e.V. (<https://romano-drom.de/>), Stadtsportbund und Polizei. Das Training ist kostenlos, wird von Mitgliedern des Vereins sowie des Stadtsportbunds begleitet und ist für Kinder aller Nationalitäten offen. Hierdurch wird der Zusammenhalt im Quartier gefördert, Zugehörigkeiten geschaffen und Identifikation gefördert.

Darüber hinaus nimmt die Stadt Hagen seit März 2022 an dem Projekt „Kommunales Konfliktmanagement fördern (KoKo II) – Kommunen für Integration stärken“ teil. Das Projekt soll Kommunen im Verbund mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Schlüsselakteuren konflikttauglicher und krisenfester machen, auch bei Konflikten im alltäglichen Zusammenleben der Bevölkerung vor Ort. Zur Erreichung dieses Ziels fördert das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW (MKFFI) gemeinsam mit der Stiftung Mercator bis Ende 2024 in Trägerschaft des Instituts Social Concepts (SO.CON) der Hochschule Niederrhein den Aufbau eines kommunalen Konfliktmanagements in Hagen, durch das die Arbeit im Bereich Integration und Teilhabe konstruktiv unterstützt wird.

gez. Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez. Sebastian Arlt
Beigeordneter

gez. Christoph Gerbersmann
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

- Ja
 Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Amt/Eigenbetrieb:

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
